

Wirtschaft Politik Wissenschaft

## Spitzenpositionen in großen Unternehmen fest in der Hand von Männern

Elke Holst  
eholst@diw.de

Anne-Katrin Stahn

*Im Aufsichtsrat der 200 größten Unternehmen (Top 200) in Deutschland sind Frauen nur zu 7,8% vertreten. Über die Hälfte von ihnen (57,4%) wird von Arbeitnehmervertretungen entsandt. Der Anteil der Unternehmen ohne eine Frau im Aufsichtsrat liegt bei über einem Drittel. Bei den Vorstandsposten sind Frauen noch schwächer vertreten. So ist in den 100 größten Unternehmen (Top 100) nur eine Frau im Vorstand. Bei den Top 200 sind es nur elf, dies entspricht einem Anteil von gut einem Prozent. Die Ergebnisse zeigen, dass das Ziel der Gleichstellung der Geschlechter in einflussreichen Spitzenpositionen größerer Unternehmen nach wie vor in weiter Ferne liegt.*

*Unter den europäischen Ländern führt Norwegen mit einem Frauenanteil von knapp einem Drittel in den Entscheidungsgremien der 50 größten börsennotierten Unternehmen. Über dem Durchschnitt liegen auch die anderen skandinavischen Länder sowie die osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten; Deutschland befindet sich mit 11% im Mittelfeld. Beim Anteil von Frauen in den breiter definierten Managementpositionen steht Deutschland nach Angaben der Europäischen Kommission mit rund einem Viertel am unteren Ende der Länderangfolge. Selbst Länder mit relativ geringer Erwerbsbeteiligung der Frauen wie Spanien und Italien weisen hier mit jeweils knapp einem Drittel deutlich höhere Frauenanteile als Deutschland auf.*

Das DIW Berlin hat die nach dem Umsatz größten 100 bzw. 200 Unternehmen in Deutschland im Hinblick auf den Anteil von Frauen in Führungspositionen (Aufsichtsrat und Vorstände/Geschäftsführungen) quantitativ erfasst.<sup>1</sup> Aufsichtsräten obliegt in erster Linie die Überwachung der Geschäftsführung sowie die Bestellung des Vorstands eines Unternehmens. Auch wichtige unternehmerische Planungen und Entscheidungen müssen häufig vom Aufsichtsrat genehmigt werden. Aufgabe des Vorstands ist die operative Leitung eines Unternehmens und dessen Vertretung nach außen. In größeren Unternehmen setzt sich der Vorstand aus einem Vorsitzenden und mehreren Mitgliedern, z. B. den Leitern verschiedener Produktionsbereiche, zusammen. Ein Sitz in diesen Entscheidungsgremien ist also von hoher Bedeutung.

<sup>1</sup> Die Recherchen fanden im Zeitraum von Juli bis Dezember 2006 statt und betreffen Unternehmen ohne Banken und Versicherungen. Die Auswahl der Top-200-Unternehmen für die Recherche erfolgte auf Basis von: Die großen 500. Deutschlands Top-Unternehmen. 2006. Von den 100 bzw. 200 größten Unternehmen machten 13 (30) keine Angabe zur Besetzung des Aufsichtsrats. Für die Analyse der Vorstände konnten 97 (195) Unternehmen berücksichtigt werden. Die im Bericht ausgewiesenen Anteile beziehen sich ausschließlich auf die Unternehmen mit Angaben.

Nr. 7/2007

74. Jahrgang/14. Februar 2007

### Inhalt

Spitzenpositionen in großen Unternehmen fest in der Hand von Männern  
Seite **89**

Überschuldung ist ein Problem fehlender Netzwerke  
Seite **95**

Zahlenbeilage

**Unkorrigiert!**

**Sendesperrfrist: Mittwoch,  
14. Februar 2007, 17 Uhr**

### Frauen meist aufgrund von Mitbestimmungsregelungen in Aufsichtsräten

In den 100 umsatzstärksten Unternehmen Deutschlands beträgt der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat derzeit 8,5 %. Einen Frauenanteil von mindestens zehn Prozent können lediglich ein Drittel der Unternehmen vorweisen, einen Anteil von 25 % und mehr erreichen nur fünf Unternehmen (Tabelle 1).

In der Funktion als Aufsichtsratsvorsitzende bzw. als Gesellschafterin sind nur zwei Frauen anzutreffen: Maria-Elisabeth Schaeffler von der INA Schaeffler Holding und Bettina Würth von der Würth-Gruppe. Diesen Frauen kommt insofern eine Sonderrolle zu, als sie beide Kapitaleignerinnen sind. Ohne entsprechenden finanziellen Hintergrund konnte somit nicht eine einzige Frau den Vorsitz im Aufsichtsrat eines der 100 größten Unternehmen Deutschlands erlangen.

Tabelle 1

### Umsatzstärkste 100 Unternehmen in Deutschland nach dem Frauenanteil in den Aufsichts- und Verwaltungsräten

Unternehmen	Rang nach dem Umsatz	Gesamtzahl der Sitze	Darunter: Frauen	Darunter: Arbeitnehmer-Vertreterinnen	Anteil der mit Frauen besetzten Sitze in %	Anteil der Arbeitnehmer-Vertreterinnen an den mit Frauen besetzten Sitzen in %
INA Holding Schaeffler KG	71	2	1	0	50,0	0
IBM Deutschland GmbH	99	16	5	3	31,3	60
Fresenius AG	70	12	3	2	25,0	66,7
Deutsche Post World Net AG	8	20	5	5	25,0	100
Karstadt Warenhaus AG	98	20	5	5	25,0	100
AVA Allgemeine Handelsgesellschaft der Verbraucher AG	100	18	4	4	22,2	100
E.ON Ruhrgas AG	36	19	4	1	21,1	25
Oetker-Gruppe	79	5	1	0	20,0	0
TUI AG	29	20	4	k.A.	20,0	k.A.
Deutsche Telekom AG	4	20	4	3	20,0	75
Metro AG	5	20	4	4	20,0	100
KARSTADT QUELLE AG	33	20	4	4	20,0	100
Henkel KGaA	49	16	3	1	18,8	33,3
SAP AG	66	16	3	1	18,8	33,3
Infineon Technologies AG	72	16	3	1	18,8	33,3
adidas AG	78	11	2	2	18,2	100
TOTAL Deutschland GmbH	38	6	1	1	16,7	100
Tech Data Germany AG	55	6	1	1	16,7	100
SPAR Handels-AG	82	12	2	2	16,7	100
Merck KGaA	94	12	2	2	16,7	100
Thüga-Gruppe	47	12	2	k.A.	16,7	k.A.
RWE AG	9	20	3	0	15,0	0
Shell Deutschland Oil GmbH	17	20	3	1	15,0	33,3
Lufthansa Air Plus Servicekarten GmbH	58	7	1	k.A.	14,3	k.A.
REWE-Handelsgruppe	10	16	2	1	12,5	50
Franz Haniel & Cie. GmbH	22	16	2	2	12,5	100
Würth-Gruppe	85	9	1	0	11,1	0
Wintershall AG	95	9	1	1	11,1	100
VALEO GmbH	53	9	1	k.A.	11,1	k.A.
EWE AG	86	19	2	1	10,5	50
E.ON AG	6	20	2	2	10,0	100
BASF AG	14	20	2	2	10,0	100
Otto Versand GmbH & Co	35	20	2	2	10,0	100
Unternehmen mit einem Frauenanteil von mindestens 10% im Aufsichtsrat (33 Unternehmen)	–	484	85	54	17,6	65,5
Unternehmen mit einem Frauenanteil von weniger als 10% im Aufsichtsrat (32 Unternehmen)	–	579	34	24	5,9	70,6
Unternehmen ohne Frauen im Aufsichtsrat (22 Unternehmen)	–	331	–	–	–	–
<b>Alle Unternehmen</b>	–	<b>1394</b>	<b>204</b>	<b>132</b>	<b>14,6</b>	<b>64,7</b>

Quellen: Angaben der Unternehmen im Internet. Recherchen fanden im Zeitraum zwischen Juli und Dezember 2006 statt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Tabelle 2

### Zahl und Anteil von Frauen in Aufsichts-/Verwaltungsräten und Vorständen/Geschäftsführungen in den 200 umsatzstärksten Unternehmen in Deutschland nach Rang-Gruppen<sup>1</sup>

	Top 10	Top 100	Top 101–200	Top 200
<b>Aufsichts-/Verwaltungsrat (A/V)</b>				
Zahl der Unternehmen	10	87	83	170
Zahl der Unternehmen mit mindestens einer Frau im A/V	9	65	45	110
Anteil der Frauen an allen Mitgliedern des A/V in %	11,8	8,5	7,0	7,8
Zahl der Frauen	23	119	78	197
<i>Darunter:</i> Arbeitnehmer-Vertreterinnen	17	78	55	133
Anteil der Arbeitnehmervertreterinnen an allen weiblichen Mitgliedern im A/V in %	73,9	65,5	70,5	57,4
Zahl der weiblichen Vorsitzenden im A/V	0	2	1	3
Anteil der weiblichen Vorsitzenden an allen Vorsitzenden im A/V in %	0	2,3	1,2	1,8
Zahl der Unternehmen ohne Frauen im A/V	1	22	38	60
Anteil der Unternehmen ohne Frauen im A/V an allen Unternehmen in %	10,0	25,6	45,8	35,3
<b>Vorstand/Geschäftsführung (V/G) (Top 200: insgesamt 533 Sitze)</b>				
Zahl der Unternehmen mit mindestens einer Frau in V/G	0	1	8	9
Anteil der Unternehmen mit mindestens einer Frau in V/G in %	0	1,0	8,3	4,6
Zahl der Frauen in V/G	0	1	10	11
Anteil der Frauen an allen Mitgliedern in V/G in %	0	0,2	2,4	1,2

<sup>1</sup> Es werden nur Unternehmen mit Angaben berücksichtigt.

<sup>2</sup> Unternehmen mit mindestens einer Frau im Vorstand: Deutsche Bahn AG (Margret Suckale), Hewlett-Packard GmbH (Regine Stachelhaus), Fujitsu-Siemens Computers Deutschland GmbH (Barbara Schädler), Schering AG (Karin Dorrepaal), DB Regio AG (Dr. Bettina Volken), DB Netz AG (Dagmar Haase), Actebis Holding GmbH (Bärbel Schmidt), Roche Diagnostics GmbH (Silvia Ayyoubi und Tiffany Olson), dm-Drogeriemarkt GmbH & Co. KG (Petra Schäfer und Gerlinde, Sulzmaier).

Quellen: Angaben der Unternehmen im Internet. Recherchen fanden im Zeitraum zwischen Juli und Dezember 2006 statt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Die meisten Frauen im Aufsichtsrat (70,6%) wurden als Arbeitnehmervertretungen entsandt. Ohne diese durch Mitspracherechte<sup>2</sup> gesicherten Sitze würde sich rein rechnerisch die Zahl der Unternehmen ohne eine Frau im Aufsichtsrat in der Gruppe der Top 100 von derzeit 22 auf 59 erhöhen. Zu den Unternehmen, die gegenwärtig keine Frau in den Aufsichtsrat berufen haben, gehören das größte Unternehmen in Deutschland, die Daimler Chrysler AG, die Thyssen Krupp AG (nach Unternehmensgröße Rang 12) und die Audi AG (Rang 21).

In den Aufsichtsräten steigt der Anteil von Frauen mit der Größe des Unternehmens (Tabelle 2). Unter den Top 10 ist er mit 11,8% am größten, in den Top 100 beträgt er nur 8,5% und lediglich 7% in den Top 101–200. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Anteil der als Arbeitnehmervertretungen entsandten Frauen in den Top 101–200 Unternehmen höher ist als in den Top 100 (70,5% gegenüber 65,5%). Dies bedeutet allerdings nicht, dass Frauen in den weniger großen Unternehmen bessere Chancen auf einen Aufsichtsratssitz hätten. Fast jedes zweite der Top 101–200 Unternehmen hat keine Frau im Aufsichtsrat, bei den Top 100 gilt dies „nur“ für jedes vierte Unternehmen.

#### Frauen in Vorständen kaum vertreten

Auf der obersten Managementebene, Vorstände und Geschäftsführungen, existiert ein noch drastischeres

Missverhältnis zwischen den Geschlechtern. Von den insgesamt 533 Vorstandssitzen der 100 größten Unternehmen wird nur ein einziger von einer Frau eingenommen.<sup>3</sup> Dies entspricht einem Frauenanteil von 0,2%. Die Zahl der Frauen in Vorständen erhöht sich zwar auf elf unter den Top 200, jedoch ergibt sich auch dann lediglich ein Frauenanteil von 1,2%. Insgesamt haben nur neun Unternehmen in den Top 200 eine Frau im Vorstand.

Das Ziel der Gleichstellung der Geschlechter in einflussreichen Spitzenpositionen befindet sich, wie diese Ergebnisse drastisch zeigen, nach wie vor in weiter Ferne.<sup>4</sup>

<sup>2</sup> Vgl. hierzu auch Holst, E.: Führungskräfte im internationalen Vergleich: Frauen in Aufsichtsräten in Deutschland meist von Arbeitnehmervertretungen entsandt. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 35/2005.

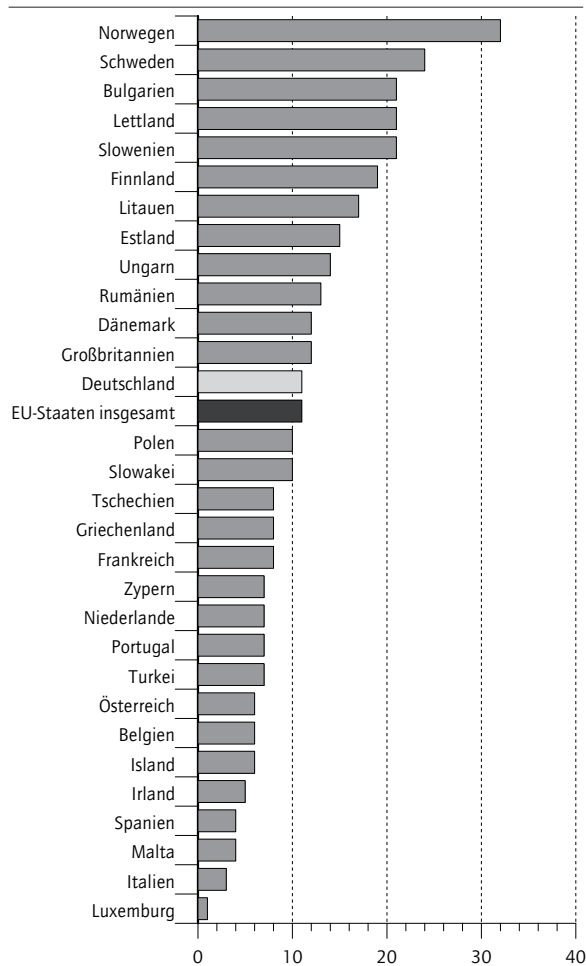
<sup>3</sup> Margret Suckale ist bei der Deutschen Bahn AG, einem ehemals staatlichen Unternehmen, im Vorstand; sie ist zudem für das nicht besonders einflussreiche Personalressort zuständig. Ende November 2006 gab es einen Versuch, eine weitere Frau mit dem Posten eines Personalvorstands zu betrauen. Der Aufsichtsrat der Telekom AG sowie Verdi hatten sich für Regine Büttner ausgesprochen. Nach darauf folgender heftiger Kritik – unter anderem wurde ihre Eignung für diese Position bezweifelt – zog sie Anfang Dezember 2006 ihre Kandidatur zurück. Als Personalvorstand fungiert nun Karl-Gerhard Eick. Vgl. Louven, S.: Schwindende Gefolgschaft. In: Handelsblatt vom 11.12.2006, [www.handelsblatt.com/news/Unternehmen/Firmen-Rankings/default\\_201312.aspx](http://www.handelsblatt.com/news/Unternehmen/Firmen-Rankings/default_201312.aspx).

<sup>4</sup> Weiterhin wurden vom DIW Berlin die 30 DAX-Unternehmen untersucht. Hier sind die Vorstände ebenfalls ausschließlich männlich besetzt. Der Anteil an Frauen im Aufsichtsrat liegt jedoch mit 12% über dem Durchschnitt der 100 umsatzstärksten Unternehmen. Dies liegt zu einem großen Teil daran, dass die im DAX vertretenen sieben Banken und Versicherungen einen durchschnittlichen Frauenanteil im Aufsichtsrat von 17% aufweisen.

Abbildung 1

### Anteil von Frauen in den höchsten Entscheidungsgremien der jeweils 50 größten börsennotierten Unternehmen<sup>1</sup> in europäischen Ländern

In %



<sup>1</sup> Definiert durch die höchste Marktkapitalisierung – Produkt aus der Anzahl der ausgegebenen Aktien und dem Aktienkurs – und die Notierung an der nationalen Börse.

Quelle: Europäische Kommission, Datenbank über Frauen und Männer in Entscheidungsprozessen, 2006. **DIW Berlin 2007**

### Internationaler Vergleich – Norwegen an der Spitze

In einer Erhebung der Europäischen Kommission zur Zusammensetzung der höchsten Entscheidungsgremien in den jeweils 50 größten börsennotierten Unternehmen in 30 europäischen Ländern lag Norwegen im Jahr 2006 mit einem Frauenanteil von einem Drittel in diesen Positionen an der Spitze (Abbildung 1). Über dem Durchschnitt liegen auch die anderen skandinavischen Länder sowie die osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten; Deutschland befindet sich mit 11 % im Mittelfeld.

Der hohe Frauenanteil in Norwegen<sup>5</sup> lässt sich auch auf die dort bestehenden gesetzlichen Regelungen zurückführen. Diese schreiben einen Mindestanteil von 40 % Frauen bzw. Männern in Aufsichtsräten fest.<sup>6</sup> Das Ziel eines Frauenanteils von 40 % konnte bislang noch nicht in allen Unternehmen erreicht werden. Dennoch wird deutlich, dass gesetzliche Regelungen sich bewähren; 2004 hatte der Anteil der Frauen noch bei 18 % gelegen.

Dem Beispiel Norwegens folgend hat auch Spanien in seinem 2006 verabschiedeten Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern („Ley de Igualdad“) verankert, dass innerhalb von acht Jahren die Frauenquote in Aufsichtsräten der größeren Unternehmen auf 40 % angehoben werden soll.<sup>7</sup> Damit steht Spanien als ein Land, das im europäischen Vergleich bei der Repräsentation von Frauen in höchsten Entscheidungspositionen eher am Ende der Rangliste steht, vor großen Herausforderungen.

### Frauen in Managementpositionen – Deutschland unter europäischem Durchschnitt

Bei den breiter definierten Managementpositionen (ISCO Code 12 und 13) betrug der Anteil von Frauen in Europa (Vergleich von 25 Ländern) im Jahr 2005 rund 30 % (Abbildung 2). Deutschland nimmt hier mit 26 % eine unterdurchschnittliche Position ein.<sup>8</sup> Selbst Spanien und Italien weisen mit jeweils 32 % höhere Anteile von Frauen in Managementstellungen auf. In den osteuropäischen EU-Staaten und auch in Frankreich (38 %) sowie im Vereinigten Königreich (34 %) ist die Situation ebenfalls deutlich günstiger. Den Ländervergleich führen Lettland

<sup>5</sup> Auch im Vergleich der 300 größten Aktiengesellschaften in Europa (FTSEurofirst300) nimmt Norwegen mit seinem Frauenanteil in den Aufsichtsräten 2006 die Spitzenposition ein; es folgen Schweden, Finnland und Dänemark. Deutschland liegt im Mittelfeld. Vgl. Egon Zehnder International: Women on European Boards: Scandinavia Extends its Lead. [www.egonzehnderknowledge.com/knowledge/content/articles/index.php?article=2426](http://www.egonzehnderknowledge.com/knowledge/content/articles/index.php?article=2426).

<sup>6</sup> Das Gesetz bezieht sich allerdings nur auf staatliche Unternehmen und Aktien- bzw. Kapitalgesellschaften (etwa 500 „private owned public limited companies“), die einen kleinen Teil der norwegischen Unternehmen (über 160 000) darstellen. Vgl. European Professional Women's Network: Women on Boards: The Inside Story of Norway's 40 % target. [www.europeanpwn.net/tht\\_wob/articles/story\\_on\\_norway.html](http://www.europeanpwn.net/tht_wob/articles/story_on_norway.html). Vgl. hierzu auch Holst, E.: Führungskräfte ..., a.a.O.

<sup>7</sup> Morales, P.A., Díaz, A. R.: Fostering Caring Masculinities (FOCUS). Spanish National Report. Girona/Spain, August 2006; Spanische Botschaft in Deutschland: Gleichberechtigungsgesetz. [www.info-spanischebotschaft.de/multimedia/pdf/LEY\\_DE\\_IGUALDAD.pdf](http://www.info-spanischebotschaft.de/multimedia/pdf/LEY_DE_IGUALDAD.pdf), 23. Juni 2006. Das positive Beispiel Norwegens regte bereits 2005 verschiedene Länder zu entsprechenden eigenen Initiativen an. Vgl. Zechner, A. K.: Frauen per Gesetz in die Verwaltung von Aktiengesellschaften? – Aktuelle Maßnahmen zur Stärkung der Präsenz von weiblichen Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern. In: Aufsichtsrat aktuell 3/2005, 10–12; sowie: Frauenquoten in Aufsichtsräten. GenderKompetenzZentrum 2005, [www.genderkompetenz.info/w/files/gkompzpdf/frauenquoten\\_in\\_aufsichtsraten.pdf](http://www.genderkompetenz.info/w/files/gkompzpdf/frauenquoten_in_aufsichtsraten.pdf).

<sup>8</sup> Vgl. Holst, E., Schrooten, M.: Führungspositionen: Frauen geringer entlohnt und nach wie vor seltener vertreten. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 25/2006.

(44 %) und Litauen (43 %) an, für Norwegen liegen keine Daten vor.

### Französinen am häufigsten in internationalen Spitzenpositionen

Entsprechend der geringen Repräsentanz von Frauen in Spitzenpositionen der Wirtschaft in Deutschland findet sich auch unter den weltweit 50 bedeutendsten Managerinnen<sup>9</sup> keine Deutsche, jedoch neun Französinen, sieben Britinnen, zwei Türkinen sowie eine Pakistani. Ein Mangel an großen deutschen Unternehmen kann nicht der Grund für das Fehlen deutscher Frauen in der höchsten Managementebene sein. Nach einer Aufstellung des Handelsblatts<sup>10</sup> gehören zu den 50 umsatzstärksten europäischen Privatunternehmen immerhin 27 aus Deutschland, aber gerade einmal vier aus Frankreich.

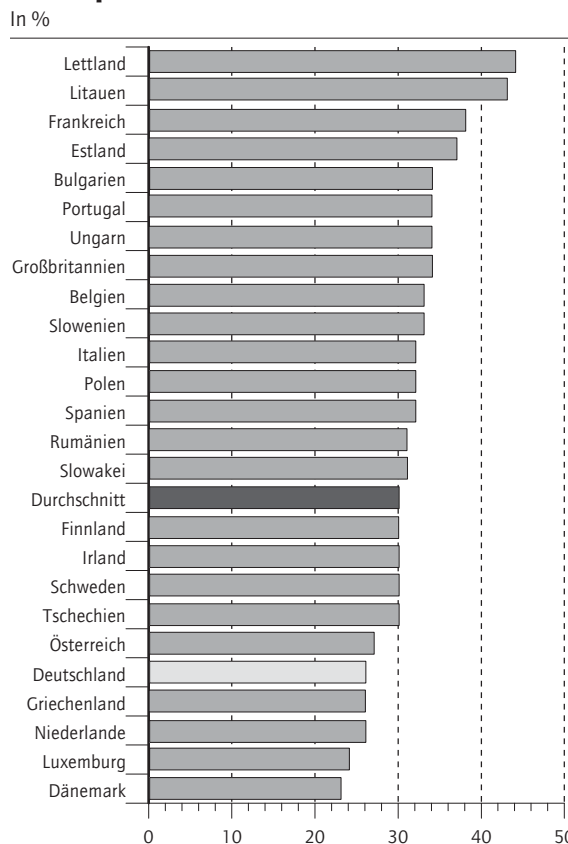
### Fazit

Aufsichtsräte und Vorstände sind in Deutschland nach wie vor fest in der Hand von Männern. Beim Anteil von Frauen in Managementpositionen liegt Deutschland im europäischen Vergleich eher am unteren Ende der Skala. Die im Jahr 2001 geschlossene freiwillige Vereinbarung zwischen den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft und der Bundesregierung zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in den Unternehmen hat bislang nicht zu dem gewünschten Ergebnis einer Annäherung der Anteile von Frauen und Männern in den höchsten Positionen in großen Unternehmen sowie in den Managementpositionen geführt.<sup>11</sup>

Im europäischen Vergleich führt Norwegen mit einem Frauenanteil in Spitzenpositionen der Wirtschaft von etwa einem Drittel. Das Land hat eine Quote eingeführt, nach der 40% der Sitze in Aufsichtsräten mit Frauen besetzt werden müssen. Trotz oder vielleicht gerade wegen der besonders geringen Vertretung von Frauen in Top-Positionen in Spanien ist das Land dem Beispiel Norwegens gefolgt und hat in seinem neuen Gleichstellungsgesetz aus dem Jahr 2006 ebenfalls eine solche Quote eingeführt.

Abbildung 2

### Anteil von Frauen in Management-Positionen<sup>1</sup> in europäischen Ländern



<sup>1</sup> Geschäftsleiter/-innen und Geschäftsbereichsleiter/-innen in großen Unternehmen sowie Leiter/-innen kleiner Unternehmen (ISCO Kategorien 12 und 13).

Quelle: Europäische Kommission, Datenbank über Frauen und Männer in Entscheidungspositionen, 2006. **DIW** Berlin 2007

<sup>9</sup> Vgl.: CNNMoney.com: FORTUNE 50 Most Powerful Women in Business. [money.cnn.com/magazines/fortune/mostpowerfulwomen/2006/international/](http://money.cnn.com/magazines/fortune/mostpowerfulwomen/2006/international/), 11.01.2007.

<sup>10</sup> Handelsblatt: Die 50 größten Privatunternehmen. [www.handelsblatt.com](http://www.handelsblatt.com).

<sup>11</sup> Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft vom 2.7.2001; [www.bmfsfj.de/Politikbereiche/gleichstellung,did=6408.html](http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/gleichstellung,did=6408.html).



# Überschuldung ist ein Problem fehlender Netzwerke

*Sieht man diejenigen Haushalte, deren frei verfügbares Einkommen unterhalb der Pfändungsfreigrenze liegt, als überschuldet an, sind – nach den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) – in Deutschland etwa 7 % der Haushalte überschuldet. Etwa gleich viele Haushalte fühlten sich im Jahr 2005 durch ihre Konsumentenkredite als „schwer belastet“; auch dies kann man als Überschuldung interpretieren. Befragte mit niedrigerem Schulabschluss sowie Arbeitslose geben in überdurchschnittlichem Maße an, durch die Abzahlung ihrer Kredite belastet zu sein. Auch Personen, die das Gefühl einer Fremdbestimmtheit des eigenen Lebens haben, fühlen sich stärker belastet. Weitere Analysen zeigen, dass das Überziehen des Girokontos nicht unbedingt etwas mit Überschuldung zu tun hat. Für die Möglichkeit, im Notfall kurzfristig Geld verfügbar zu machen, ist neben einem ausreichenden Einkommen, das Rücklagen gestattet, vor allem ein Freundeskreis wichtig.*

Christa Fricke  
c.fricke@  
bis-berlin.de

Detlev Österreich  
d.oesterreich@  
bis-berlin.de

Eva Schulze  
e.schulze@  
bis-berlin.de

Gert G. Wagner  
gwagner@diw.de

Die Frage, ob ein Haushalt „überschuldet“ ist, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Bei Überschuldung sind vier Fälle zu unterscheiden, die auch in ganz unterschiedlichem Maß staatliche bzw. sozialpolitische Eingriffe nahe legen:<sup>1</sup>

- In einer ersten Gruppe von Haushalten werden die Kreditkosten, die ursprünglich als tragbar angesehen wurden, als „zu hoch“ empfunden, ohne dass es aber objektive Probleme mit der Rückzahlung gibt. Bei diesen Haushalten haben sich also die Präferenzen für Konsum geändert oder das Einkommen hat sich anders entwickelt als erwartet.
- In einer zweiten Gruppe sind die Kreditkosten im Vergleich zum Nettoeinkommen so hoch, dass das frei zur Verfügung stehende Einkommen an der Grenze der sozialen Grundsicherung liegt, ohne dass jedoch Sozialleistungen in Anspruch genommen werden können. Hier ist ein latenter staatlicher Handlungsbedarf gegeben, da diese Haushalte in einer sozialpolitisch nicht wünschbaren Lage sind, unter der z. B. Kinder langfristig leiden können.
- Einer dritten Gruppe kann man diejenigen Haushalte zurechnen, die aufgrund eines SCHUFA-Eintrags von Banken keine weiteren Kredite mehr bekommen. Sie sind in ihren Handlungsmöglichkeiten stark eingeschränkt, und in vielen Fällen dürfte dies nachhaltige Einschränkungen oder Probleme in der Lebensführung nach sich ziehen.
- In einer vierten Gruppe ist das Problem evident: Es handelt sich um Haushalte, die ihre Verpflichtungen nicht mehr bedienen können und gepfändet werden, und die im Grenzfall eine private Insolvenz anmelden.

<sup>1</sup> Vgl. Wagner, G. G., Fricke, C.: Verschuldung in Deutschland – Fakten und Strukturen. In: Familie, Partnerschaft, Recht – Interdisziplinäres Fachjournal für die Anwaltspraxis, 12. Jg., Heft 3, 2006, 64–66; und mit einer ähnlichen Klassifizierung SCHUFA Holding AG (Hg.): Schulden-Kompass 2006 – Empirische Indikatoren der privaten Ver- und Überschuldung in Deutschland, 13 ff.

Politisch relevant ist vor allem die Gruppe vier. Von der privaten Insolvenz sind nicht nur Gläubiger, sondern die Gesellschaft insgesamt (etwa in Form der Schuldnerberatung und von Gerichtskosten) negativ betroffen. Faktisch will die Gesellschaft auch die Gruppen zwei und drei möglichst klein halten, da ein zu niedriges verfügbares Einkommen und stark eingeschränkte Kreditmöglichkeiten Wohlfahrtsverluste bedeuten, die für Kinder lebenslange Konsequenzen haben können, wenn dadurch z. B. die Schulausbildung leidet.

### Umfang der Überschuldung in Deutschland

Private Insolvenzen als Folge der Überschuldung spielen bisher in Deutschland nur eine geringe Rolle.<sup>2</sup> Im Jahr 2005 wurden etwa 67 000 Verbraucher-Insolvenz-Verfahren eröffnet. Das ist zwar eine im Vergleich zu 2001 dramatisch gestiegene Zahl (damals wurden nur etwa 9 000 Fälle eröffnet), die Zunahme dürfte aber auch damit zusammenhängen, dass private Insolvenzen erst seit 1999 möglich sind. Zudem muss bedacht werden, dass auch 67 000 Fälle nur etwa 0,2 % aller Haushalte in Deutschland ausmachen.

Einen „Negativeintrag“ bei der SCHUFA – der privaten Organisation, die im Auftrag der Wirtschaft das Tilgungsverhalten registriert – hatten im Jahr 2005 über 7 % aller 16-Jährigen und älteren Personen in Deutschland.<sup>3</sup> Seit 2002 ist der Anteil um gut einen Prozentpunkt gestiegen. Am höchsten liegt er bei den 25- bis 29-Jährigen mit inzwischen gut 13 %. Insgesamt sind damit etwa 5 Mill. erwachsene Menschen in ihren Verbrauchsentscheidungen eingeschränkt. Hinzu kommt eine sicherlich beachtliche Zahl von Kindern, die vom SCHUFA-Eintrag ihrer Eltern betroffen sind.

Durch Befragungen lässt sich ermitteln, wie viele Haushalte ihren Kreditverpflichtungen nicht mehr regelmäßig nachkommen können. Nach einer Erhebung und Hochrechnung der GP-Forscherguppe München war das im Jahr 2004 bei 3,13 Mill. Haushalten, also bei etwa 8 % aller Haushalte der Fall.<sup>4</sup>

Nach einem anderen, gut messbaren Kriterium ist ein Haushalt dann überschuldet, wenn das nach Abzug der Kreditverpflichtungen zur Verfügung stehende Haushaltseinkommen kleiner ist als die „Pfändungsfreigrenze“, d. h. der Geldbetrag, der nicht gepfändet werden kann.<sup>5</sup> Eine solche Rechnung ist auf Basis des vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung erhobenen Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) möglich. Danach sind im Jahr 2004 gut 7 % aller Privathaushalte überschuldet gewesen.<sup>6</sup>

### Verschuldung hat viele Dimensionen

Gerade die scheinbar objektiven Indikatoren, die gut messbar sind, haben oft nur eine geringe Aussagekraft, weil sie wenig über das individuelle Wohlbefinden der betroffenen Personen aussagen. Ein Unternehmer, der Kredite im Wert von vielen Millionen Euro zu bedienen hat, wird dies in der Regel nicht als Überschuldung wahrnehmen. Auch ein Eigenheimbesitzer, der für den Bau seines Hauses Hunderttausende von Euro an Kredit hat aufnehmen müssen, hat zwar objektiv gesehen hohe Schulden und verfügt nach Abzug des Schuldendienstes vielleicht sogar über ein Einkommen unterhalb der Pfändungsfreigrenze. Trotzdem muss er sich nicht als überschuldet fühlen, da seinen Schulden ein dauerhafter und vielfach auch wachsender Wert gegenübersteht, und er mietfrei wohnt. Dieser hoch verschuldete Eigenheimbesitzer kann durch seine Schulden nicht nur subjektiv, sondern auch objektiv langfristig weniger eingeschränkt sein als ein Arbeitsloser, der sich einen modernen Fernsehapparat auf Kredit anschafft und mit der Abzahlung an die Grenze seiner Zahlungsfähigkeit gerät. Es ist deshalb sinnvoll, bei der Suche nach Indikatoren für Ver- und Überschuldung auch „subjektive“ Ansätze heranzuziehen.

Obwohl es seit den 90er Jahren Überlegungen gibt, Überschuldung subjektiv zu messen, indem Haushalte gefragt werden, ob sie „über“schuldet sind, liegen entsprechende Daten für Deutschland nicht systematisch und nicht für längere Zeiträume vor.<sup>7</sup> Die folgenden Analysen zur Kreditbelastung und zur Finanzknappheit beruhen auf Daten der Hauptuntersuchung des SOEP von 2005 mit 11 440 befragten Haushalten und einer ebenfalls 2005 durchgeführten Spezialerhebung für das SOEP mit 1 012 zufällig ausgewählten Befragten, die für die erwachsene Bevölkerung in Deutschland repräsentativ sind.<sup>8</sup> Analysiert wurden folgende Tatbestände:

<sup>2</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (Hg.) in Zusammenarbeit mit WZB und ZUMA: Datenreport 2006 – Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2006, 130 ff.

<sup>3</sup> Vgl. SCHUFA, a.a.O., 38 ff.

<sup>4</sup> Vgl. Schuldenreport 2006. Schriftenreihe des Verbraucherzentrale Bundesverbandes zur Verbraucherpolitik, Band 7, Berlin 2006.

<sup>5</sup> Vgl. zur Methode und der erstmaligen Berechnung dieses Indikators Fricke, C., Frick, J. R., Wagner, G. G.: Sparen und Verschuldung privater Haushalte. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 2004. Bonn 2004, 595–602.

<sup>6</sup> Vgl. Zimmermann, G. E.: Steigt die Anzahl überschuldeter Privathaushalte? In: SCHUFA, a.a.O., 91–126.

<sup>7</sup> Eine europaweite Erhebung im Jahr 1996 hatte ergeben, dass sich etwa 13 % der Privathaushalte „überschuldet“ fühlten. Vgl. Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz der EU Kommission (Hg.): Untersuchung des Problems der Verbraucherverschuldung: Statistische Aspekte – Schlussbericht.

<sup>8</sup> Dabei muss einschränkend darauf hingewiesen werden, dass bei Befragungen privater Haushalte stets die Gruppe der Wohnungslosen fehlt. Diese rund 350 000 Personen dürften ebenfalls zur Risikogruppe überschuldeter Personen zählen. Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V., [www.bag-wohnungslosenhilfe.de](http://www.bag-wohnungslosenhilfe.de).

Tabelle

**Bestimmungsfaktoren der Ver- bzw. Überschuldung**

Beta-Koeffizienten von OLS-Regressionen

	Subjektive Belastung durch Konsumentenkredite	Kosten der eigenen Wohnung regelmäßig zahlen können	Rücklagen bilden können	Kontoüberziehung	Notfalls 1 000 Euro in zwei Wochen aufbringen können
<b>Sozialdaten</b>					
Alter	-0,056**	0,065***	0,112***	-0,142***	0,202***
Geschlecht	-0,014	0,002	-0,003	0,016	-0,062 <sup>+</sup>
Schulabschluss	-0,094***	0,075***	0,139***	-0,089 <sup>+</sup>	0,114**
Lebensform	-0,042**	0,043***	0,081***	0,034	0,092*
Arbeitslosigkeit	0,086***	-0,111***	-0,177***	-0,008	-0,188***
<b>Persönlichkeitsmerkmale</b>					
Gewissenhaftigkeit	0,020	0,016 <sup>+</sup>	0,004	-0,030	-0,011
Offenheit für Erfahrungen	0,016	-0,001	0,013	0,035	0,007
Kontaktfreudigkeit (Extraversion)	0,004	-0,013	-0,014	0,088 <sup>+</sup>	-0,089*
Überempfindlichkeit (Neurotizismus)	0,089***	-0,005	-0,029***	-0,052	-0,035
Verträglichkeit	0,009	-0,021*	-0,025**	-0,086 <sup>+</sup>	-0,021
Gefühl von Fremdbestimmtheit	0,096***	-0,082***	-0,074***	0,114*	-0,108*
Gefühl, verlässliche Freunde zu haben	-	-	-	0,001	0,199***
Individuelle Risikobereitschaft	-	-	-	0,001	-0,001
<i>Nachrichtlich:</i>					
Anteil der erklärten Varianz in %	5,2	4,3	8,9	7,5	20,2

Signifikanzniveaus: \*\*\* = 0,000; \*\* = 0,001; \* = 0,01; <sup>+</sup> = 0,05; übrige nicht signifikant.

Quellen: SOEP 2005; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

- Subjektive Belastung durch Konsumentenkredite (SOEP-Haupterhebung),
- Möglichkeit, die Miete oder Zinsen/Tilgung für die eigene Wohnung regelmäßig zahlen zu können,
- Möglichkeit, Rücklagen zu bilden,
- Kontoüberziehung,
- Möglichkeit, in einer Notsituation innerhalb von zwei Wochen 1 000 Euro aufbringen zu können.

Bei den Bestimmungsfaktoren der Finanzsituation werden neben den üblicherweise verwendeten Sozialdaten wie Alter, Geschlecht, Familienstand,<sup>9</sup> Bildung, Arbeitslosigkeit, auch personenspezifische Merkmale einbezogen. Geprüft wird, ob nur objektive Lebenslagen für Verschuldung oder finanzielle Knappheit verantwortlich sind oder ob auch die Persönlichkeit des Einzelnen eine Rolle spielt (Kasten).

**Belastung durch Konsumentenkredite**

Im SOEP werden diejenigen Haushalte, die Konsumentenkredite aufgenommen haben, nach der Schwere der Belastung durch die monatlichen Abzahlungen gefragt. Etwa 35% der Haushalte geben an, die Kredite seien eine „schwere Belastung“. Für 42% sind sie eine „geringe Belastung“ und für 22% „kein Problem“. Um daraus einen Indikator zur „Überschuldung“ von Haushalten zu konstruieren, kann man diejenigen, die ihre Kre-

dite als „schwere Belastung“ ansehen, als subjektiv überschuldet definieren und diese Gruppe auf alle Haushalte beziehen. Da nur 20% aller Haushalte Konsumentenkredite haben, ergibt sich daraus eine subjektive Überschuldungsquote von etwa 7%. Sie stimmt im Aggregat – wenn auch keineswegs in jedem Einzelfall – mit der Quote überein, die sich anhand des „objektiven“ Überschuldungskriteriums des frei verfügbaren Einkommens unterhalb der Pfändungsfreigrenze ergibt.

In einer multivariaten Regressionsanalyse<sup>10</sup> zeigt sich, dass der Zusammenhang zwischen subjektiv empfundener Überschuldung und den hier herangezogenen Einflussfaktoren nicht sehr eng ist. Nur rund 5% der Varianz werden durch soziale und personenbezogene Merkmale erklärt (Tabelle), die Ergebnisse entsprechen aber den Erwartungen. So geben Befragte mit niedrigem Schulabschluss sowie Arbeitslose in überdurchschnittlichem Maße an, durch die Abzahlung ihrer Kredite belastet zu sein. Auch Befragte, die das Gefühl der Fremdbestimmtheit des eigenen Lebens haben, fühlen sich

<sup>9</sup> In dieser Analyse wurde nicht die Frage nach dem Familienstand verwendet, sondern ein Indikator, der unterscheidet, ob jemand allein auf sich gestellt ist oder aber eine/n Partner/in hat. Angesichts der zunehmenden Zahl von nichtehelichen Lebensgemeinschaften sowie von eigentlich getrennten aber noch verheirateten Paaren ist dies ein besserer Indikator für die Lebensform als die Unterscheidung zwischen verheiratet und nicht verheiratet.

<sup>10</sup> Obwohl die abhängigen Variablen nicht stetig sind, benutzen wir – wie in der Psychologie üblich – die OLS-Regressionsmethode, da die Koeffizienten unmittelbar interpretierbar sind und bekannt ist, dass das statistische Signifikanzniveau mit OLS nicht verzerrt wird.

Kasten

## Persönlichkeitsmerkmale

Zur Erfassung personenspezifischer Faktoren wurden Fragen zum so genannten „Big Five“-Persönlichkeitsansatz sowie Fragen zur Fremdbestimmtheit des eigenen Lebens genutzt. Der Big-Five-Ansatz ist ein in der Psychologie bewährtes Konzept, das auf Untersuchungen zu Persönlichkeitsmerkmalen aus den 50er Jahren zurückgeht. Im Mittelpunkt steht dabei die Annahme, dass Persönlichkeitsunterschiede zwischen Individuen, die sich in Verhaltens- und Erlebensweisen ausdrücken, auf die fünf zentralen Persönlichkeitsdimensionen Überempfindlichkeit (Neurotizismus), Kontaktfreudigkeit (Extraversion), Offenheit für Erfahrungen, Verträglichkeit und Gewissenhaftigkeit zurückzuführen sind. Für das SOEP wurde eine Kurzfassung entwickelt, die mit insgesamt 15 Fragen die fünf genannten Persönlichkeitsdimensionen zuverlässig erfasst.

Das Konzept der Fremdbestimmtheit basiert auf der alltäglichen Beobachtung, dass es Menschen gibt, die sich als Meister ihres eigenen Lebens empfinden und auch bereit sind, die Verantwortung dafür zu übernehmen, und solche, die meinen, ihrem Schicksal ausgeliefert zu sein, und von daher Andere oder die Lebensumstände für ihre eigene Lebenssituation verantwortlich machen. Dieses Konzept wird im SOEP unter dem Begriff Kontrollüberzeugungen operationalisiert.

In der SOEP-Spezialuntersuchung gibt es schließlich noch eine Frage zur individuellen Risikobereitschaft sowie eine Reihe von Fragen zur sozialen Einbindung (z. B. das Gefühl, verlässliche Freunde zu haben), die ebenfalls in die Analysen miteinbezogen wurden.

- 1 Erfragt wird der Grad von Überempfindlichkeit einerseits und Entspanntheit andererseits.
- 2 Erfragt wird der Grad von Kontaktfreudigkeit einerseits und Zurückhaltung andererseits.
- 3 Vgl. Robert R. Mc Crae und Paul T. Costa. A five-factor theory of personality. In: Pervin, Lawrence A. und John Oliver (Hg.) Handbook of Personality – Theory and Research. New York 1999, 139–153.
- 4 Vgl. J.-Y. Gerlitz und J. Schupp, Zur Erhebung der Big-Five-basierten Persönlichkeitsmerkmale, DIW. Research Note No. 4, Berlin 2005.
- 5 Vgl.: G. Krampen, IPC – Fragebogen zu Kontrollüberzeugungen (Locus of Control), Göttingen 1981.

stärker belastet sowie Befragte, die sich nach dem Big-Five-Ansatz als neurotisch erweisen.

Auffällig ist – wie bei den folgenden Analysen zu den finanziellen Möglichkeiten der Befragten –, dass das Geschlecht bei der Belastung durch Kredite eine zu vernachlässigende Rolle spielt. Dies scheint im Widerspruch zu der aus vielen Untersuchungen bekannten Tatsache zu stehen, dass gerade junge Frauen mit Kindern von Armut betroffen sind.<sup>11</sup> Junge Frauen mit Kindern sind aber nicht primär aufgrund ihres Geschlechts in stärkerem Maße von Armut betroffen, sondern weil viele von ihnen alleinstehend sind. Es gibt eine große Zahl alleinerziehender Mütter, aber kaum alleinerziehende Väter. Die hier durchgeführte Analyse zeigt, dass alleinstehend zu sein ein zentraler Faktor für finanzielle Engpässe ist. Daneben sind eine niedrige Schulbildung und Arbeitslosigkeit bei nahezu allen untersuchten Facetten der Ver- und Überschuldung von Bedeutung.

### Zahlung von Miete bzw. Zinsen und Tilgung

Einen Hinweis auf die finanzielle Situation gibt auch die Antwort auf die Frage, ob der/die Befragte die monatliche Miete bzw. Zinsen/Tilgung für die eigene Wohnung ohne Probleme zahlen kann. Bei 92% der Befragten ist dies der Fall.

### Rücklagen

Monatlich einen „gewissen Betrag“ für Notfälle oder besondere Anschaffungen zurücklegen können 65% der Befragten, 35% können dies nicht. Nach den Arbeitslosen sind es die Jüngeren und die weniger Gebildeten, die geringere Möglichkeiten haben, Geld zurückzulegen. Wer mit einem Partner zusammenlebt, kann eher Reserven bilden. Wer sein Leben als fremdbestimmt sieht, gibt an, etwas weniger Möglichkeiten zu haben, Geld zu sparen.

### Kontoüberziehung

Zu den selten untersuchten Facetten der finanziellen Situation gehört die Kontoüberziehung. Die Frage „Ist Ihr Konto gegenwärtig überzogen?“ wird von 19% der Befragten bejaht. Auf die Frage „An wie vielen Tagen im Jahr ist Ihr Konto überzogen?“ antworten 68% mit „niemals“, 21% mit „1 bis 30 Tage“, 3% mit „31 bis 90 Tage“ und 8% mit „mehr als 90 Tage“.

Überraschenderweise zeigt sich in ergänzenden, hier nicht dokumentierten Schätzungen, kaum ein

<sup>11</sup> Vgl. neben dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung z. B. Grabka, M. M., Krause, P.: Einkommen und Armut von Familien und älteren Menschen. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 9/2005.

Zusammenhang zwischen dem Vermögen des Haushalts und dem Haushaltsnettoeinkommen einerseits und Kontoüberziehungen andererseits. Kontoüberziehungen sind demnach kein Indikator für eine schlechte sozio-ökonomische Lage. Ob jemand sein Konto überzogen hat, hängt primär von seinem Alter, seinem Bildungsniveau und dem Gefühl der Fremdbestimmtheit des eigenen Lebens ab. Ältere Menschen haben ihr Konto seltener überzogen als jüngere, Personen mit höherem Schulabschluss seltener als solche mit geringerer Bildung und Befragte, die ihr Leben als fremdbestimmt empfinden, häufiger als solche, die meinen, ihr Leben selbst zu bestimmen. Eine gewisse Rolle spielen bei der Kontoüberziehung auch die Persönlichkeitsmerkmale des Big-Five-Ansatzes. Kontaktfreudige bzw. extrovertierte Menschen neigen eher zu Kontoüberziehungen, verträgliche Menschen weniger. Die beiden zusätzlich in die Analyse einbezogenen Variablen „Individuelle Risikobereitschaft“<sup>12</sup> und das „Gefühl, verlässliche Freunde zu haben“<sup>13</sup> tragen zur Erklärung einer Kontoüberziehung nahezu nichts bei.

### Kurzfristig Geld verfügbar machen

Bei der Einschätzung ihrer Möglichkeit, in einer Notsituation innerhalb von zwei Wochen etwa 1 000 Euro aufbringen zu können, antworten 77 % mit „Ja“. Auch in die Analyse dieses Tatbestandes wurden die individuelle Risikobereitschaft und das Gefühl, verlässliche Freunde zu haben, als weitere personenspezifische Merkmale aufgenommen. Am leichtesten fällt es den älteren Befragten, in zwei Wochen 1 000 Euro aufzubringen. Dies deckt sich mit dem Befund, dass die Älteren auch diejenigen sind, die am ehesten finanzielle Rücklagen haben. Arbeitslose können dagegen wesentlich seltener kurzfristig Geld aufbringen, ebenso Befragte mit niedrigem Schulabschluss, Alleinstehende und Befragte, die angeben, ihr Leben sei eher fremdbestimmt.

Bei den zusätzlich in die Analyse aufgenommenen Merkmalen erweist sich vor allem das „Gefühl, verlässliche Freunde zu haben“ von Gewicht. Dieses Ergebnis unterstreicht die Bedeutung der sozialen Komponente bei der Vermeidung von Schulden oder finanziellen Engpässen und der subjektiven Belastung aufgrund von Schulden. Wer durch Partnerschaft und/oder Freunde gut sozial eingebunden ist, kann finanzielle Problemsituationen leichter bewältigen.

Keinerlei Rolle spielt wiederum die individuelle Risikobereitschaft. Dies ist insofern bemerkenswert, als es nahe liegt, dass Menschen, die sich verschulden, relativ risikofreudig sind. Dass dies offenbar nicht der Fall ist, mag mit der Ambivalenz von

individuellem Risikoverhalten zusammenhängen. Einerseits kann eine erhöhte Risikobereitschaft zu einer ungeplanten Überschuldung führen; andererseits kann sie auch zu wirtschaftlichem Erfolg führen, sodass sich im statistischen Mittel die negativen und positiven Effekte erhöhter Risikobereitschaft ausgleichen können.

### Fazit

Wer eine gute Schulbildung aufweist und einen Arbeitsplatz hat, ist deutlich weniger als andere Personen von Überschuldung oder finanziellen Engpässen betroffen; das gleiche gilt für ältere Menschen. Daneben hat die Analyse aber auch den Stellenwert einer festen Partnerschaft deutlich gemacht. Wer auf sich allein gestellt ist, gerät leichter an finanzielle Grenzen.

Das Gefühl der Fremdbestimmtheit des eigenen Lebens trägt zur statistischen Erklärung von Überschuldung bei. Diesen Querschnittsbefund darf man allerdings nicht überbewerten, denn dahinter dürften zwei unterschiedliche Kausalzusammenhänge stehen, deren Bedeutung erst durch künftige Längsschnittforschung aufgeklärt werden kann. Zum einen gibt es Menschen, die sich weniger für ihr Leben selbst verantwortlich fühlen als andere. Die „fremdbestimmten“ Menschen dürften auch weniger bereit sein, die Konsequenzen eigenen Handelns zu bedenken und/oder ihr Handeln vorausschauend zu planen. Andererseits geraten aber auch viele Menschen unverschuldet in finanziell schwierige Situationen. Erst dadurch entwickeln einige von ihnen die Einstellung, für das eigene Leben nicht verantwortlich zu sein. Das Gefühl der Fremdbestimmtheit ist dann eine Folge individuellen Scheiterns. Insofern muss von einer wechselseitigen Beeinflussung von Überschuldung und dem Gefühl der Fremdbestimmtheit des eigenen Lebens ausgegangen werden. In der Regel wird aber auch denjenigen, die in finanziell schwierige Situationen geraten sind, bewusst sein, dass dies nicht nur unbeeinflussbares Schicksal gewesen ist, sondern sie dazu auch selbst beigetragen haben.

<sup>12</sup> Risikobereitschaft wurde mit einer von 0 bis 10 Punkten reichenden Selbsteinschätzungsskala erfasst, vgl. Dohmen, T. et al.: Individual Risk Attitudes: New Evidence from a Large, Representative, Experimentally-Validated Survey. DIW Diskussionspapier Nr. 511, Berlin 2005.

<sup>13</sup> Der Tatbestand „Gefühl, verlässliche Freunde zu haben“ wird durch folgende Fragen erfasst: „Ich habe immer jemanden in erreichbarer Nähe, zu dem ich mit alltäglichen Problemen kommen kann.“ „Es gibt ausreichend viele Menschen, auf die ich zählen kann, wenn ich Schwierigkeiten habe.“ „Es gibt viele Personen, denen ich voll vertrauen kann.“ „Ich habe genügend Personen, denen ich mich verbunden fühle.“ „Wenn ich meine Freunde brauche, kann ich jederzeit auf sie zählen.“ Eine Faktorenanalyse zeigt, dass diese fünf Fragen den Tatbestand „Gefühl, verlässliche Freunde zu haben“ gut abbilden (Cronbachs Alpha = 0,85; mittlere Inter-Item Korrelation  $r = 0,53$ ).

Das Gefühl, verlässliche Freunde zu haben, spielt für die Möglichkeit, finanziell schwierige Situationen überwinden zu können, eine bedeutsame Rolle.<sup>14</sup> Deswegen fühlen sich wahrscheinlich auch viele Studenten, trotz niedriger Einkommen, nicht arm. Sie sind in Familien und Freundeskreise eingebunden. Der Zusammenhang zwischen sozialer Einbindung sowie persönlichen Netzwerken und finanziellen Schwierigkeiten ist bisher kaum untersucht worden; ihm sollte in der Schuldenforschung verstärkt Beachtung geschenkt werden. In einer Gesellschaft, in der allein aus demographischen Gründen in kleinen Familien und bei Kinderlosen Vereinzelung häufiger droht, steckt auch das Potential für eine zunehmende Verschuldung, die als drückend empfunden wird.

Der Schutz der Verbraucher vor Überschuldung ist langfristig durch eine bessere finanzielle Bildung,

die schon in den Schulen beginnen sollte, sicherlich sinnvoll und entspricht vom Ansatz her einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, die auf souveräne Konsumenten setzt und Verbraucherschutz nicht durch Dirigismus erreichen will. Der Staat kann freilich auch bei den Banken ansetzen und für diese Anreize zu einem vorsichtigeren Verhalten bei der Vergabe von Konsumentenkrediten setzen, indem die Möglichkeiten des „privaten Bankrotts“ erleichtert werden. Wenn Banken in erhöhtem Maße fürchten müssen, dass sie Kredite verloren geben müssen, werden sie vorsichtiger agieren und weniger Überschuldung zulassen.

**14** Vgl. dazu Institut für Finanzdienstleistungen, iff-Überschuldungsreport 2007, Hamburg 2006. Diese Untersuchung basiert auf Daten von 2716 Privathaushalten in fünf deutschen Städten.

## Nachrichten aus dem DIW Berlin

# Chancen zur Gestaltung der Zukunftsfähigkeit Europas nutzen – Die energiepolitische Agenda der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

### **Berlin Lunchtime Meeting am 31. Januar 2007**

Wie kann Deutschland im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft die europäische Energiepolitik beeinflussen? Schafft es die Politik, das Wirtschaftswachstum zu fördern und gleichzeitig die Umwelt zu schonen?

Dr. Joachim Pfeiffer, MdB und Koordinator in Energiefragen der CDU/CSU Fraktion, gab beim Berlin Lunchtime Meeting am 31. Januar erste Einblicke in die energiepolitische Agenda der deutschen Ratspräsidentschaft. Knapp 80 hochrangige Gäste waren zu seinem Vortrag ins dbb forum in der Berliner Friedrichstraße gekommen. Joachim Pfeiffer skizzierte eine Zwei-Wege-Strategie: Zum einen soll die EU ihre Energieaußenbeziehungen intensivieren. Zum anderen ist ein Energiebinnenmarkt mit gemeinsamen Zielen für Wettbewerb, Umweltschutz und Versorgungssicherheit geplant.

Als wichtige Handlungserfordernisse nach innen nannte Joachim Pfeiffer die Vollendung des Binnenmarktes von Strom und Gas, die weitere Marktdurchdringung von Erneuerbaren Energien sowie die Drosselung des Energieverbrauchs. Beim Klimaschutz sollte Deutschland das Reduktionsziel für Treibhausgasemissionen der EU einhalten. Darüber hinaus empfahl er, die Laufzeit der Kernkraft aus wirtschafts-, klima- und versorgungspolitischen Gründen zu verlängern. Eine wichtige Rolle spiele auch die Energieforschung, die unbedingt weiter ausgebaut werden müsse.

Handlungsbedarf sah Joachim Pfeiffer weiterhin in der Tatsache, dass die EU und die Mitgliedstaaten in energiepolitischen Fragen bisher unabgestimmt agieren. Er sprach sich darüber hinaus für ein deutsches Energieministerium aus, um die Verhandlungsposition Deutschlands zu stärken. Eine einheitliche Energiepolitik sei dringend notwendig, damit Deutschland gegenüber Dritten geschlossen auftreten und mit einer Stimme sprechen könne.

Diesen Standpunkt teilte Prof. Dr. Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung „Energie, Verkehr, Umwelt“ im DIW Berlin und Professorin für Umweltökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin, in ihrem Kommentar zum Vortrag. Sie sprach sich ebenfalls für ein deutsches Energieministerium aus. „Neun von 14 Ministerien in Deutschland beschäftigen sich mit dem Thema Energie, z. B. sowohl das Wirtschafts- als auch das Verkehrsministerium“, betonte Claudia Kemfert.

Neben verlässlichen Verträgen mit Russland forderte Claudia Kemfert darüber hinaus eine europäische Regulierungsbehörde, damit könnten Energiefragen in Zukunft verstärkt europäisch gebündelt werden. Vor allem das Thema Atomkraft werde innerhalb der EU kontrovers gehandelt. Die Atomkraft sei im globalen Energiemix zwar gegenwärtig nicht wegzudenken, längerfristig stellten jedoch CO<sup>2</sup>-freie Kohlekraftwerke und die Erneuerbaren Energien eine Alternative dar. Europa solle vor allem seine Energieimporte reduzieren und heimische Energieträger stärken, empfahl Claudia Kemfert.

In der anschließenden Diskussion wurden unter anderem Fragen zur Kraft-Wärme-Kopplung und die Chancen neuer Umweltmärkte thematisiert. Einigkeit bestand darüber, dass Deutschland innerhalb der kurzen Zeit von sechs Monaten wohl nicht alle energiepolitischen Probleme lösen kann. Es kann aber die Chance nutzen, zentrale Punkte voranzutreiben, oder als „Energieführer“ auftreten und mit innovativen Technologien vorangehen, wie Claudia Kemfert vorschlug. „Die Ziele sind weit größer als die Möglichkeiten“, so das Fazit von Moderatorin Dr. Regina Vogel, stellvertretende Direktorin der Deutsch-Britischen Stiftung, am Ende der Diskussion.

Beim Berlin Lunchtime Meeting werden regelmäßig aktuelle und politikrelevante Forschungsergebnisse vorgestellt. Die Veranstaltungen bieten Vertretern aus Forschung, Politik und der privaten Wirtschaft eine Plattform für Diskussion und Austausch.

## Nachrichten aus dem DIW Berlin

**Pressemitteilung des DIW Berlin vom 8. Februar 2007**

### Lebenszufriedenheit: Keine Sonderentwicklung in Ostdeutschland

Die Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland ist stabil. Indikatoren für einen dramatischen Stimmungswandel sind nicht zu erkennen. Eine große Mehrheit der Menschen in Deutschland, fast 90 %, sind mit ihrem Leben mindestens zufrieden. Lediglich der Anteil der Hochzufriedenen ist in ganz Deutschland im Jahr 2006 im Vergleich zu 2005 leicht zurückgegangen. Die Entwicklungen in Bezug auf die Zufriedenheit verlaufen seit der Wiedervereinigung in Ost und West parallel – in guten wie in schlechten Zeiten.

Zu diesem Ergebnis kommt Jürgen Schupp, stellvertretender Abteilungsleiter am DIW Berlin und Professor für Soziologie an der Freien Universität Berlin. Schupp hat die aktuellen Zufriedenheitsskalen der repräsentativen Langzeitstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) ausgewertet. Die Daten werden vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung erhoben.

#### Details

Jahr für Jahr werden die Teilnehmer der Langzeitstudie gefragt: „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit ihrem Leben?“ Auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) können die Befragten den Grad ihrer Zufriedenheit angeben. Im Durchschnitt lag die durchschnittliche Punktzahl im Jahr 2006 bei 6,7 und im Jahre 2005 bei 6,8. Dass die Stimmung in Deutschland stabil ist, bestätigt ein Blick auf die Zahlen des Jahres 2000. Hier lag der Punktwert bei 6,9. Betrachtet man Ost- und Westdeutschland getrennt, zeigen sich keine bedeutsamen Unterschiede. Im Osten liegt der durchschnittliche Zufriedenheitswert bei 6,2, im Westen bei 6,8.

Die Zahl der Unzufriedenen, also diejenigen, die auf der 11er-Skala einen Wert von weniger als „5“ angeben, ist ebenfalls stabil. Allerdings ist sie im Osten Deutschlands seit Jahren etwas höher als im Westen. Im Jahr 2006 lag der Anteil in Westdeutschland bei 10% und in Ostdeutschland bei 16%. Im Vergleich dazu: 2005 waren knapp 10% der Befragten in Westdeutschland mit Ihrem Leben unzufrieden, in Ostdeutschland waren es 15%. Hier kann keine dramatische Verschlechterung beobachtet werden.

Dass die Zahl der Unzufriedenen im Osten Deutschlands etwas höher ist, hat vor allem einen Grund: Dort sind im Durchschnitt mehr Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen. „Wir beobachten das seit Jahren: Arbeitslosigkeit und insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit verringert die Lebenszufriedenheit nachhaltig. Besonders einschneidend ist diese Erfahrung für Menschen, die mit 35 bis 55 Jahren im „besten Alter“ sind. Sicher auch, weil sie in der Regel eine Familie haben. Aber das gilt für die Menschen im Osten genauso wie im Westen.

„Immer wieder wird versucht, eine Sonderentwicklung für den Osten Deutschlands heraufzubeschwören und den Osten gegen den Westen auszuspielen. Das ist wissenschaftlich nicht haltbar und auch politisch kontraproduktiv. Schließlich gibt es auch im Westen Regionen mit sehr hoher Arbeitslosigkeit, auch dort ist die Stimmung schlecht und das Niveau subjektiven Wohlbefindens entsprechend niedriger,“ so Jürgen Schupp.

#### Kontakt

Pressestelle und -anfragen:  
Renate Bogdanovic  
Telefon + 49 – 30 – 897 89-249  
Telefax + 49 – 30 – 897 89-119  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

## Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Markus Pannenberg and Martin Spiess

### **GEE Estimation of a Two-Equation Panel Data Model: An Analysis of Wage Dynamics and the Incidence of Profit-Sharing in West Germany**

We propose a generalized estimating equations approach to the analysis of the mean and the covariance structure of a bivariate time series process of panel data with mixed continuous and discrete dependent variables. The approach is used to jointly analyze wage dynamics and the incidence of profit-sharing in West Germany. Our findings reveal a significantly positive conditional correlation of wages and the incidence of profit-sharing. Furthermore, they indicate that permanent unobserved individual ability is comparatively more important in the profit-sharing than in the wage equation and show that shocks have a long-lasting effect on transitory wages but not on the incidence of profit-sharing. Hence, the results support theoretical predictions that selection into profit-sharing is mostly due to unobservable ability and that profit-sharing ties wages more closely to productivity.

#### **Discussion Paper No. 663**

January 2007

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen als PDF-Dateien vor und können von den entsprechenden Webseiten des DIW Berlin heruntergeladen werden (<http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/index.html>).

The full text versions of the Discussion Papers are available in PDF format and can be downloaded from the DIW Berlin website (<http://www.diw.de/english/produkte/publikationen/index.html>).



## Hinweis auf eine Veranstaltung

DIW Berlin, CEPR London und IZA Bonn laden ein zum  
Berlin Lunchtime Meeting mit

Prof. Dr. Friedrich Breyer, Universität Konstanz

## Stärkt die Gesundheitsreform das Gesundheitswesen?

Kommentar: NN

28. Februar 2007, 12.00 s.t.–14.00 Uhr

Moderator: Prof. Dr. Georg Meran, Vize-Präsident (DIW Berlin)

dbb forum berlin, Friedrichstr. 169–170/Französische Straße, 10117 Berlin

Die Gesundheitsreform, über die bis zuletzt heftig gestritten wurde, wurde am 2. Februar 2007 mehrheitlich verabschiedet. Doch die Kritik und die Diskussionen wollen nicht verstummen. Selbst Experten der Großen Koalition halten das Gesetz für gefährlich. Was wäre zu tun? Was kann und muss im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung des Gesundheitswesens getan werden. Der Vortrag von Professor Breyer skizziert die Strukturen des Gesundheitswesens und spiegelt diese mit den Lösungsansätzen, wie sie die Gesundheitsreform vorsieht. Er benennt abschließend die Erfordernisse eines leistungsfähigen Gesundheitswesens.

Friedrich Breyer hat den Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik an der Universität Konstanz inne. Er hat in zahlreichen hochkarätigen Zeitschriften publiziert und mehrere Lehrbücher veröffentlicht. Friedrich Breyer ist Mitglied des erweiterten Vorstands des Vereins für Socialpolitik und dort Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheitsökonomie.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und bitten Sie, Ihre verbindliche Anmeldung bis spätestens **21. Februar 2007** via e-mail an [events@diw.de](mailto:events@diw.de) zu senden. Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge ihres Eingangs berücksichtigt. Verspätete Anmeldungen können leider nicht entgegengenommen werden.

Wir würden uns freuen, Sie auch an folgenden Terminen begrüßen zu dürfen:

**28. März – 25. April – 30. Mai – 27. Juni – 31. Oktober – 28. November**

Die Veranstalter danken der Deutsch-Britischen Stiftung für ihre großzügige Unterstützung.

### Impressum

DIW Berlin  
Königin-Luise-Str. 5  
14195 Berlin

### Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)  
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Dörte Höppner  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Dr. Bernhard Seidel  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Alfred Steinherr  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph. D.  
Prof. Dr. Christian Wey

### Redaktion

Kurt Geppert  
PD Dr. Elke Holst  
Manfred Schmidt  
Dr. Mechthild Schrooten

### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 – 30 – 89789-249  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. 01805 – 198888, 12 Cent/min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

### Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-  
Einzelheft Euro 7,- (jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter [leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)

### Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

### Satz

eScriptum, Berlin

### Druck

Walter Grützmaker GmbH & Co. KG, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Information und Organisation des DIW Berlin ([Kundenservice@diw.de](mailto:Kundenservice@diw.de)) zulässig.